

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komparatabelle kostet 500 M. ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 23. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Frankreich will durchmarschieren.

Paris, 23. Juli. (WIB.) Der Meinungsaustrausch zwischen Paris und London über das Verfahren, das einzuschlagen ist, um die oberschlesische Frage zu lösen, dauert, wie Havas meldet, an.

St. Aulaire werde dem Foreign Office noch mitteilen, daß der französische Botschafter in Berlin beauftragt werde, bei der Reichsregierung in Berlin einen diplomatischen Schritt zu unternehmen, um sie erneut zu ersuchen, alle Vorbereitungen zu treffen, um den Abtransport der französischen Division nach Oberschlesien gegebenenfalls durchzuführen zu können, die marschbereit sei.

Wie „Petit Parisien“ zu wissen glaubt, wird die Absendung der Truppen erfolgen, sobald Großbritannien seine Zustimmung gegeben hat.

Und England?

London, 23. Juli. (WIB.) Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Weitere Telegramme aus Oppeln von dem britischen Kommissar in Oberschlesien betonen von neuem die Notwendigkeit einer schleunigen Regelung der oberschlesischen Frage in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Interalliierten Vierer-Kommission.

London, 23. Juli. (WIB.) Ein diplomatischer Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt: Der französische Vorschlag, den 15. August als Datum der Zusammenkunft zu wählen, veranlaßt einen Aufschub von drei Wochen und wird als gefährlich (lange angesehen) werden.

Ein diplomatischer Berichterstatter schreibt im „Daily Telegraph“: Die britische Regierung würde mit erster Unruhe und Mißfallen die sofortige Entsendung von 10 000 Mann französischer Truppen nach Oberschlesien ansehen.

Englands Antwort.

London, 23. Juli. (WIB.) „Morningpost“ schreibt: Wir erfahren von amtlicher Seite, daß keine weiteren diplomatischen Schritte in der oberschlesischen Frage getroffen worden sind.

„Times“ meldet: Die britische Antwort auf die französische Note werde nicht vor Beginn der nächsten Woche erfolgen.

Paris, 23. Juli. (WIB.) Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ meldet, man habe sich in England gefragt, ob der englische Text des bekannten Telegramms der Interalliierten Kommission in Oppeln mit dem französischen Text übereinstimme und ob nicht vielleicht ein Uebersetzungsfehler vorliege.

Der große Zweikampf.

Die amtlichen und halbamtlichen Erklärungen, die heute aus England und Frankreich vorliegen, sind widerspruchsvoll. Fest steht lediglich, daß bisher keine der beiden Parteien nachgegeben hat.

Von Wichtigkeit ist, daß eine halbamtliche englische Meldung auf eine angeblich französische Anregung, die Konferenz auf den 15. August anzusetzen hinweist.

Ist diese Verstärkung für Frankreich mehr als eine Prestigefrage? Soweit eine Orientierung möglich ist, räumen die Engländer, wo sie in Oberschlesien den maßgebenden Einfluß haben, gründlich mit der Insurgenten- und Protektionswirtschaft auf.

Lehten Endes ist die französische Forderung nach Truppenverstärkungen ein letzter Appell an die Waffen. Lloyd George ruft Belgien und Italien auf seine Seite.

England und die Pariser Besprechungen.

Paris, 23. Juli. (EE.) Das „Petit Journal“ meldet, daß am 16. Juli die englische Regierung an die französische Regierung eine Note richtete, worin um Aufklärung über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gebeten wird.

Ein Pechvogel.

Dem „Daily Herald“ zufolge wurde dem bekannten amerikanischen Sozialdemokraten Morris Hillquit bei seiner Ankunft in Doer das Betreten des englischen Bodens untersagt, obgleich er im Besitze eines von den englischen Behörden in den Vereinigten Staaten regelrecht viferten Passes war.

Die Gründe dieses Verhaltens der englischen Behörden sind uns nicht recht klar. Wahrscheinlich war dieses Verbot als Abwehrmaßnahme gegen den Bolschewismus gedacht.

Lloyd Georges Codrus an die Unabhängigen Liberalen auf dem Banquet der Koalitionsliberalen ist vergeblich gewesen.

Arbeiterwohlfahrt.

Von Marie Juchacz.

Der „Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt“ bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Diesem Zweck will er erreichen durch: Zusammenfassung aller an der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer, Gewinnung neuer Kräfte, Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte, Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung.

Nachdem die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich mit allen möglichen Kulturproblemen: Schule, Bildung, Jugendbewegung organisatorisch befaßt, will sie auch das große Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege zu durchdringen suchen.

Das Bestreben der organisierten Arbeiterschaft, bei sozialen Schäden zur Selbsthilfe zu greifen, ist durchaus nicht neu. Um der großen sozialen Kindernot abzuwehren, haben schon vor dem Kriege Kinderferienwanderungen veranstaltet, mit denen ganze oder teilweise Verpflegung verbunden war.

Der die Arbeiterschaft auch in dieser Frage beherrschende Leitgedanke ist demnach: nicht nur Objekt, sondern Subjekt der Wohlfahrtspflege wollen wir sein.

Die Gründung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt geschah am 13. Dezember 1919. Bis heute sind circa 300 Orts- und 28 Bezirksausschüsse gemeldet. Der Hauptausschuß beschäftigte sich bisher vornehmlich mit der Förderung der Organisation, mit der Sammlung von Material zu den dazu gehörigen Fragen.

Einen weiten Raum in den Diskussionen des Hauptausschusses nahm der Gedanke der sozialen Selbsthilfe ein, wie ihn Dr. Caspari im „Vorwärts“, Nr. 562 vom 4. November 1920, unter dem Titel „Fremde Wohlfahrt, eigene Würde“ behandelt hat.

einer starken Sympathie. Jedoch kann der Hauptauschuss der Sache nur propagandistisch und durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften dienen, die hierbei ausschlaggebend sind. In den Ortsausschüssen ist die Arbeit je nach den örtlichen Verhältnissen, ganz verschieden. Ein umfassendes Bild läßt sich auf beschränktem Raum nicht geben. Man arbeitet in den Gemeinden mit Ferienwanderungen, stellt Helferinnen für Kindertransporte ins Ausland und bei der Verpflegung im Inland, ebenso für die Quäkerpflegen. Die Ortsausschüsse befolgen den Grundsatz, daß die soziale Gemeinschaft, verkörpert in der Gemeinde, die Pflicht hat, für ihre Glieder zu sorgen und daß der einzelne als Glied der Gemeinschaft verpflichtet ist, nach besten Kräften an der Verfolgung dieses Zieles mitzuwirken.

Eine Klärung der Ziele, eine Richtschnur für neues Arbeiten soll uns unsere Wohlfahrtsbewegung in Görlich geben.

Der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt veranstaltet am Donnerstag, den 15. September 1921, in Görlich, im Restaurant Livoli seine erste öffentliche Wohlfahrts-Tagesordnung:

1. Aufgaben und Ziele der modernen Wohlfahrtspflege. Rednerin: Genossin Helene Simon-Schweim.
2. Die gesetzlichen Grundlagen und der organisatorische Aufbau der Wohlfahrtspflege. Referent: Bürgermeister Dr. Caspari-Brandenburg.
3. Aussprache.

Daran anschließend findet am nächsten Tage, Freitag, den 16. September, im gleichen Lokal die erste beschließende Jahresversammlung statt, in der Genossin Marie Buchacz über „Die Erfahrungen der Vergangenheit in der Wohlfahrtsarbeit und ihre Anwendung“ spricht.

Teilnehmer sind Delegierte aus den Bezirksorganisationen für Arbeiterwohlfahrt. Gäste aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft, die in den verschiedenen Zweigen der Wohlfahrtsarbeit tätig sind, sind zur Teilnahme eingeladen. Anmeldungen werden bis zum 1. September unter der Adresse Marie Buchacz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, erbeten. Teilnehmerkarte wird zugesandt.

Eine kleine Anfrage.

„Das Demokratische Deutschland“, die bekannte von dem Demokraten Bernstorff herausgegebene Wochenschrift, hatte kürzlich behauptet, daß sich Stinnes mit den Kommunisten und die Kommunisten mit Stinnes eingelassen hätten. Das sei auf die originale Art geschehen, daß die „Rote Fahne“ in einer Druckerei hergestellt wurde, die Eigentum des Herrn Hugo Stinnes gewesen sein soll. Gegenüber einigen Ableugnungen stellt die genannte Wochenschrift jetzt fest, daß die Firma Roeser in Berlin Tochterunternehmen der bekannten Firma Brandstetter in Leipzig gewesen sei; Brandstetter gehört zum Stinneskonzern. Die Firma Roeser hat die „Rote Fahne“ in Lohnauftrag gedruckt. Mit dem 1. Juli sind in diesem Verhältnis einige Veränderungen eingetreten, die Firma Roeser ist eingegangen, ihre Leiter sind in andere Stellungen des Stinneskonzerns abgewandert und die „Rote Fahne“ soll, wie berichtet wird, in einer eigenen Druckerei hergestellt werden. Es verdient doch einige Aufmerksamkeit, was „Das Demokratische Deutschland“ feststellt. Danach hat Herr Hugo Stinnes monatelang kommunistische Arbeitergrößen in seinen Konzern fließen lassen und die Todfeinde des Kapitals haben nichts Besseres gewußt, als ihre „Rote Fahne“ hängerechnet in einer Druckerei des Herrn Hugo Stinnes herstellen zu lassen. Man sieht, die Weltgeschichte macht auch ihre kleinen Witz.

Her mit dem Orden!

Der Bundestag der Feldweihen-Kriegsteilnehmer stellte auf seiner Bundestagung den Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, für sämtliche Kriegsteilnehmer am Weltkrieg 1914/18 ein Kriegsehrenzeichen zu stiften. Falls die Kosten hierfür zu hoch sein sollten, wird die Reichsregierung gebeten, lediglich die Ausstellung der Besigzeugnisse zu veranlassen und die Anschaffung nach bekannt gegebenem Muster jedem einzelnen Beteiligten anheim zu geben.

Manchesmal möchte ich . . .

Von Hans Bauer.

Manchesmal möchte ich einen Roman schreiben, der müßte heißen: „Auf märkischem Sande“ und in der „Deutschen Zeitung“ erscheinen . . . Und er müßte überhaupt zum Totsachen sein.

Manchesmal möchte ich, daß der Herr Polizeipräsident Boehner in seinen Jugendjahren die Hedwig Courths-Mahler geachtet hätte. Ein Ludwig Thomas, Max Bowers und Otto Ernsts hätte Deutschland für die nächste Generation dann wahrscheinlich keinen Mangel.

Manchesmal möchte ich eine Diele gründen. Darin müßte die Garderobe frei sein, kein Weingewang bestehen und eine Tasse besten Kaffees für 1,50 M. erhältlich sein.

Manchesmal möchte ich, man hätte im Januar 1917 nicht die ersten Kapazitäten, sondern mich blutigen Laien darüber um Rat gefragt, ob man mit 120 U-Booten England werde aushungern können.

Manchesmal möchte ich, daß solange jede Nacht eine Munitionsfabrik durch Selbstentzündung in die Luft stiege, bis man es für sinnlos hielt, noch welche zu bauen.

Manchesmal möchte ich wissen, ob der Name Einstein oder der Name Hindenburg länger im Gedächtnis der Nachwelt lebt.

Manchesmal möchte ich die Bibliothek eines ostelbischen Landrates durchstöbern dürfen.

Manchesmal möchte ich wünschen, Herr Knüppel-Kunze fiele bei einer Bootsfahrt ins Wasser und würde von Herrn Hofes Mandelfeise gerettet.

Manchesmal möchte ich die Existenz meines ehemaligen Ausbildungsunteroffiziers auf die kleinen Gaben angewiesen wissen, die ich ihm reiche. Sonst bin ich aber nicht nachsichtig.

Manchesmal möchte ich, die Stunden meiner Arbeit sausten im Tempo der Aburteilung von Revolutionären dahin und die Stunden bei meinem Lieblingen schleppten schwer wie der gereizte Sonn eines Prozesses gegen Rechts-Vollschweiften.

Manchesmal . . . manchesmal: So hat a jed's host sei Sehnsucht.

Das Eintrittsgeld der Museen und die schwer schädigenden Wirkungen, die es auf die bildungsbedürftige Jugend ausübt, bespricht Prof. Adolf Erman, der Direktor des Ägyptologischen Seminars, im neuen Heft der „Berliner Hochschul-Nachrichten“.

Zwar habe die Regierung, laut Erman, den Studenten das Vorrecht eingeräumt, gegen eine Halbjahresgebühr von 10 M. sich freien Eintritt in die Museen zu verschaffen, aber diese allgemeine Bestimmung treffe nicht den Kern der Uebelstände, weil sie nur an die wenigen Studenten denke, die zu wissenschaftlichen Zwecken die Museen besuchen. „Die wertvollsten Besucher sind aber

Der Ordensstempel ist eine deutsche Krankheit, die sobald nicht aussterben wird. Vielleicht ergibt sich aber auf dem hier vorgeschlagenen Wege ungewollt die Möglichkeit, ihm zu Leibe zu rücken? Wenn nämlich ein paar Millionen Menschen den Pour le Mérite z. B. auf stolzer Männerbrust tragen, so würde er doch vielleicht für den einzelnen Heben an Wert verlieren. Zur Beschleunigung dieses Prozesses möchten wir vorschlagen, daß die Erlaubnis zum Anlegen sämtlicher Orden und Ehrenzeichen auch auf Greise, Frauen und Säuglinge ausgedehnt wird!

Dementi und Bestätigung!

München, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Niederschönenfelder Affäre wurde von einem Vertreter des Justizministeriums im Verfassungsausschuss in einer Form behandelt, die dem Ernst der ganzen Angelegenheit direkt hohn spricht. Der Antrag, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wurde gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt. Der Vorstand der Anstalt habe dem Ministerium mitgeteilt, daß die im „Vorwärts“ neuerdings enthaltenen Angaben vom ersten bis zum letzten Wort erlogen seien! Folgende Sitzprobe zum Beweis der „Ernsthaftigkeit“ der Untersuchungstätigkeit: „Die widerpenstigen Gefangenen behaupten, von der kommunistischen Partei schon längst für Minister- und Kommandantenposten in Aussicht genommen zu sein und haben ständig Angst, sie könnten vergessen und diese Posten an andere verteilt werden!“ Ein soeben aus Niederschönenfeld entlassener erster und ruhiger Parteigenosse bestätigt dagegen vollinhaltlich die beiden Berichte des „Vorwärts“.

„Sprünge im bayerischen Ordnungsbüch.“

München, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Durch die Mitteilungen des „Vorwärts“ unter dieser Ueberschrift (Nr. 336) ist die Nervosität der bayerischen Regierung noch mehr gestiegen. In der Bereiztheit, mit der sie in der offiziellen „Staatszeitung“ auf die unter obigem Titel im „Vorwärts“ erschienenen Darlegungen eingeht, wirkt sie der „Vorwärts“-Berichterstattung Unlauterkeit der Gesinnung und falsche Darstellungsweise vor, um dann im wesentlichen alles zu bestätigen, was zu dem Artikel Veranlassung gegeben hat. Wenn sie den Konflikt des Abg. Schlietenbauer mit dem Handelsminister Hamann wegen Duldung von Viehverchiebungen ablenkt, so möchten wir sie nur bitten, den Bericht des Wirtschaftsausschusses des Landtags vom 14. Juli nachzulesen, um zu sehen, von wem dieser Vorwurf ausgegangen ist und wie er in beteiligten Kreisen gewirkt hat.

Vollkommen zu unterschlagen sucht man die Notiz über den Streit zwischen dem Landwirtschaftsminister und dem Staatsanwalt, zu deren Erledigung in einer mehrträgigen Beratung der Ministerialreferenten selbst die kritische Nachsprecherin der Rahr-Politik, nämlich die „Münchener Neuesten Nachrichten“, erklären: „Zu den Angriffen auf den Landwirtschaftsminister wird eine ziemlich gewundene und nichts sagende Erklärung veröffentlicht,“ weiter heißt es: „alle anderen Angaben des Urteils sind aus den Fingern gesogen“. Was bleibt dann noch übrig? Etwa die Äußerungen der rechtsradikalen bayerischen Blätter, die der Ministerpräsident ostentativ durch die Landtagsräume trägt? Sollte es der bayerischen Regierung gar so peinlich sein, im Scheinwerferlicht des „Vorwärts“ zusammen mit ihren Gesinnungsgenossen vor aller Welt förmlich photographiert zu werden?

Zwei Heß- und Radauerparlamenten schlimmster Art, die nur unter der treibhausmäßigen Züchterei der bayerischen „Ordnungszustände“ vorkommen konnten, brachte, wie uns aus München mitgeteilt wird, der gestrige und vorgestrige Abend, die eine veranstaltet von der national-sozialistischen Arbeiterpartei, in der die Reichsregierung von dem Hauptagitator derartig beschimpft wurde, daß die Versammlungsteilnehmer sich zu lässlichen Drohungen hinreißen ließen, die zweite mit dem Motto „Heraus mit der Gegenrechnung!“, in der unter maßloser Uebertreibung berechtigter Forderungen der Reichsregierung nach Möglichkeit Knüppel auf den Weg ihrer Politik geworfen wurden.

die gelegentlichen, d. h. unter den Studenten die, die in einer freien Stunde zwischen zwei Vorlesungen in die benachbarten Museen hinübergehen. Diese eine Stunde fortan mit 2 M. zu bezahlen, sind sie nicht in der Lage, und sie werden noch weniger bei der allgemeinen Not sich zu solchen gelegentlichen Besuchen eine Semesterkarte zu 10 M. lösen können.“ Die Studierenden, deren Studium zum Teil in den Museen stattfindet, müssen jetzt zu allem übrigen noch jährlich 20 M. entrichten, nur um von den Türhütern in ihre Arbeitsstätte eingelassen zu werden. Und wer Kunstgeschichte aus persönlichem Interesse betreibt, der wird es sich wohl überlegen, ob er das noch weiter tun kann, da der Staat ihn für seinen Fleiß und seinen Bildungstrieb derartig besteuert. Schließlich weist Erman noch auf einen anscheinend geringfügigen Punkt hin, der unter Umständen aber doch von Wichtigkeit werden kann. „Wer die Museen kennt, weiß, daß es in ihnen nie an Schülern fehlt, die sich bei gelegentlichen Besuchen für irgendein Fach begeistern haben und die nun in jedem schulfreien Augenblick wiederkommen, eifrig studieren und oft schon selbständig arbeiten. Aus diesen Berliner Jungen ist so mancher hervorgegangen, der später daselbe Fach in der Wissenschaft vertreten hat. Glaubst man nun wirklich, daß diese armen Schüler, für die es ja nicht einmal Semesterkarten geben wird, weiter noch in die Museen kommen werden?“

Das Schlussergebnis der Kritik Ermans lautet natürlich: „Das Eintrittsgeld muß wieder aufgehoben werden — und je eher, desto besser!“

Starke Steigerung der literarischen Produktion. Die Produktion an Büchern und Zeitschriften hat in Deutschland im Jahre 1920 gegen die des Jahres 1919 einen Aufschwung genommen, der fast ein Sechstel der ganzen Produktion beträgt.

Sie belief sich 1920 auf insgesamt 32 345 neu herausgegebene Werke gegen 26 194 im Jahre 1919. Davon waren Neuerscheinungen an Büchern 19 078 (1919 15 876); neue Auflagen von Büchern 8715 (6432), Zeitschriften 4552 (3886). Nach der Statistik L. Schönradts im „Buchhändler-Börsenblatt“ stehen darunter an erster Stelle die Werke der schönen Literatur mit 6647 (5051). Es folgen Rechts- und Staatswissenschaft mit 4411 (3321), Erziehung und Unterricht 3149 (2614), Theologie 2302 (1847), Sprach- und Literaturwissenschaft 1726 (1054), Hilfswissenschaft 1489 (1072), Sunenschriften und Widerbücher 1451 (1016), Naturwissenschaft und Mathematik 1345 (1138), Geschichte und Biographie 1303 (966), Haus-, Land- und Forstwissenschaft 989 (787), Bau- und Ingenieurwissenschaft 980 (654), Erbschreibung und Karten 913 (781), Kunst, Musik und Theater 851 (633), allgemeine Bibliographie, Gesamtwerke u. a. 572 (580), Kriegswissenschaft 220 (311), Studentenwesen und Sport 199 (161), Verschiedenes 772 (773).

Was Bakunin dem Zaren belohete. Aus den Geheimarchiven der russischen Polizei, die seit dem Umsturz schon so viele interessante Dokumente herausgegeben haben, wird jetzt die Veröffentlichung eines „Bekanntnisses Bakunins“ angekündigt. Viktor Serge, Wostau, der in das Dokument Einsicht genommen hat, macht schon jetzt einige Mitteilungen daraus.

Programm-Diskussion.

Breslau, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der gestrigen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, in der die Delegierten zum Parteitag gewählt wurden, wurden mehrere Entschlüsse zur Programmfrage angenommen. Beinahe sämtliche Redner und die mit großer Mehrheit angenommenen Entschlüsse erklären den Entwurf der Programmkommission als eine geeignete Grundlage für eine weitere Diskussion der Programmfrage bis zum nächsten Parteitag. Für Görlich wird nur die Annahme eines kurzen Aktionsprogramms gefordert, das für die Frist von diesem bis zum nächsten Parteitag in Gütigkeit bleiben sollte. Das endgültige Programm müsse enthalten: ein klares Bekenntnis zur Aufgabe der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische zu verwandeln, eine eindeutige Darlegung der von uns gewünschten Wege der Sozialisierung und eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung (Beseitigung der Rechte der Militärherrschaft und Belagerungszustandsgesetz usw.), die in dem Programmentwurf vermehrt wird.

Das Ende der Posener Autonomie.

Der Beschluß des polnischen Ministerrats vom 9. Juli d. J., die Vereinheitlichung der Verwaltung des ehemals preussischen Teilgebiets mit der allgemeinen Staatsverwaltung Polens bis zum 1. September d. J. durchzuführen, wird von der Posener Presse scharf kritisiert. Das führende polnische Blatt in Posen, „Kurjer Poznancki“, hebt das Verderbliche dieses Beschlusses ausdrücklich hervor und weist auf die katastrophalen Folgen hin, die sich bei Durchführung der Verwaltungsreform in weniger als zwei Monaten ergeben müßten. Das Blatt betont, daß, während in ganz Polen die Verwaltung versage und das Bild eines jämmerlichen Chaos darbiele, sich allein das ehemalige preussische Teilgebiet dank der übernommenen und sachkundig angepaßten Organisation auf der notwendigen Höhe administrativ-staatlicher Leistungsfähigkeit gehalten habe. Die Aufhebung der Selbstverwaltung im gegenwärtigen Augenblick sei aber doppelt gewagt, weil Polen im Zeichen des Überganges zum freien Handel stehe. Angesichts dieser Tatsache erscheine die Auflösung der Selbstverwaltung als geradezu katastrophal. Auch mit Rücksicht darauf, daß das Posener Ministerium zurzeit mit den unaussprechbaren Maßnahmen für die Herabsetzung der Brotpreise beschäftigt sei, sei dessen Aufhebung oder Liquidierung ein unbegreiflicher Leichtsin. Zum Schlusse des Artikels heißt es: „Indem die Regierung Witos alle diese Rücksichten ignorierte, leistete sie den traffen Beweis, daß ihre Politik und ihre Methoden Polen aus dem Mißgeschick nicht herauszuführen, sondern es vollends zugrunde richten werden. Es ist patriotische Pflicht, alles zu tun, daß eine solche Regierung beseitigt und die Staatsgewalt in fähigere Hände gelangt wird.“

Selbstmord eines bayerischen Ministers.

In den letzten Tagen wurden in den rechtsstehenden Zeitungen Bayerns mit zunehmender Deutlichkeit Mitteilungen über Mordanschläge gemacht, deren sie den bis vor kurzem im Amt gewesenen Staatssekretär für das Verkehrswesen v. Frauendorfer beschuldigten. Frauendorfer war nicht nur ein Liebhaber, Kenner und Sammler antiker Münzen, er hat auch mit einer gewissen Berufseidenschaft lange Jahre sein Amt als bayerischer Verkehrsminister innegehabt. Unter dem alten Regime vor dem Krieg tat er seine Pflicht als Eggelenz und Ritter hoher Orden, er blieb auch unter Eisners Regierung in seinem Fachamt. Sehr hat er, wie eben gemeldet wird, sich erschossen.

Der Wahlpflichtauschuss der kasselerischen Kammer hat eine Untersuchung wegen der Wahl des Grafen Loggenburg, dessen Nationalität zweifelhaft sein soll, angeordnet. Loggenburg ist einer der vier deutschen Vertreter Südtirols im italienischen Parlament. Bei der Eröffnung der Session durch den König drohten Faschisten ihm mit Gewalt fernzuhalten, weil er während des Krieges unter den Habsburgern sich als besonders italienerfeindlich gezeigt habe. Darauf verzichteten die vier Südtiroler an der Teilnahme. In Italien verurteilte man das Auftreten der faschistischen Rüpel allgemein.

Nach seiner Teilnahme an der revolutionären Bewegung in Rußland, Frankreich und Deutschland (1848 bis 1849) wurde Bakunin zuerst in der Peter-Pauls-Festung, dann in der Schlüsselburg eingekerkert und schließlich nach Sibirien verbannt, von wo es ihm erst 1862 zu entkommen gelang. Die Dokumente, die heute dem Geheimarchiv der Polizei entnommen worden sind, stammen aus jenen Zeiten des Kerkers und der Verbannung. Der geistige Vater des Anarchismus scheint damals eine moralische Krise durchgemacht zu haben. Nikolai I. hatte ihm durch den Grafen Orlov vorschlagen lassen, ihn zu schreiben, wie der geistige Sohn an seinen geistigen Vater schreibt. Der Zar als Haupt der orthodoxen Kirche fühlte sich nämlich als geistiger Vater seiner Untertanen.

In dem kriegsgeheime, vierundneunzig Seiten umfassenden Heft, das in den Dokumenten der III. Session des Ministeriums des Innern (Polizei-Departement) gefunden wurde, versucht nun Bakunin, dem Zaren „sein ganzes Leben, all seine Gedanken und Gefühle darzulegen“. Er schreibt: „Ich will Ihnen mein Bekenntnis ablegen, wie dem geistigen Vater, von dem der Mensch die Vergebung seiner Sünden nicht in dieser, aber in der anderen Welt erwartet . . .“. Er bezichtigt seine Handlungen als phantastische Pläne, unbegründete Hoffnungen, verbrecherisches Vorhaben. „Ich war zu gleicher Zeit Betrüger und Betrogen; ich habe die anderen und mich selbst genarrt, habe gleichsam die Vernunft meiner Anhänger und die meine vernichtet . . . Ich hatte mich selbst in eine unnatürliche, unbegreifliche Lage verlegt, die mich bisweilen zwang, wider meinen Willen ein Charlatan zu sein. In mir steckst viel Don-Quichotterie“. Die ganze europäische Bewegung, an der er selbst so kräftig teilgenommen hat, deutet ihn armselig und eitel. „Ganz Europa lebt von einer Lüge“, erklärte er. Die Revolution von 1848 hat ihm die „Ohnmacht der Geheimbünde“ bewiesen. Das einzige, dem er wirklich treu bleibt, ist sein Panflawismus. Die slavischen Völker sind, verglichen mit den degenerierten Nationen des westlichen Europa, die einzigen, die gesund geblieben, die einzigen geborenen Kommunisten, auch dem Charakter nach. Ihre Gruppierung vermag eine neue Macht hervorzubringen, ein neues Reich des Ostens“ mit Konstantinopel als Hauptstadt.

Es ist leider nicht bekanntgeworden, was Bakunin Nikolai zu diesen Bekenntnissen seines anarchischen Reichtkindes gesagt hat. Die Kirchenbücher, die er dem reuigen Sünder auferlegte, wird jedenfalls nicht allzuhart gewesen sein.

Dr. Restlepte — Leiter des Neuen Volkstheaters. Direktor Heinz Goldberg tritt mit dem heutigen Tage an seinen Wunsch von der Leitung des Neuen Volkstheaters zurück. Er ist indessen aufgefordert worden, auch in der kommenden Spielzeit die Inszenierung einzelner Werke zu übernehmen. Für die weitere Leitung des Neuen Volkstheaters ist von der Volksbühne E. B., die das Haus seit mehreren Monaten bewirtschaftet, Dr. S. Restlepte bestimmt worden.

Erkennführungen der Woche. Mont. Theater in der Königsgrabenstraße: „Der dicke Baum“. — Theat. Volkstheater: „Rein Leopold“. — Montag, den 1. August. Volkstheater: „Nebel“.

Gewerkschaftsbewegung

Metallarbeiter, hört!

Im Nachstehenden bringen wir einige Auszüge aus Briefen, die zwar nicht für uns bestimmt waren, uns aber doch erreichten.

1. „Etwas Interessantes haben wir festgestellt. Nach der Revolution jagte man die Angestellten in den Fabriken fort und arbeitete allein, und siehe da, es ging nicht. Nun lehnte die Gewerkschaft im Einverständnis mit der betreffenden Regierungsstelle die Fabrikkomitees ein. Allerdings auf sechs Monate. Dabei haben die Arbeiter des Betriebes nichts mehr zu sagen. Wohl können sie sich beschweren. Der Erfolg ist aber gering. Die Fabrikkomitees haben sehr viel von ihrem Recht abgeben müssen, weil eben gearbeitet werden muß. Die Diktatur richtet sich recht oft gegen die Arbeiter und muß es. Um die Arbeit produktiver zu gestalten, hat man neben dem Lohn Prämien eingeführt.“

2. „Hier fand der internationale Kongress statt. Du wirst wohl erfahren haben, welche Bedingungen der I. S. P. D. für ihren Eintritt gestellt wurden. Hauptbedingungen sind: Namensänderung: I. S. P. D. Befreiung des Zentralvorstandes und Redaktion mit I. S. P. D. Dann dürfen wir uns verschmelzen. Hiemeist, ich gehe nicht nach Kanossal. Dann hat man auch eine gewerkschaftliche Internationale geschaffen. Die deutschen Syndikalistinnen sind schon angegeschlossen. Das wird schöne Auseinandersetzungen geben.“

3. „Daß man uns im Auswärtigen Amt nicht einmal die Hand reicht, läßt man noch hingehen, aber hört folgendes: Unser Begleiter führte uns im Hause der Gewerkschaften die Treppe hinauf. Auf der Treppe saßen drei Männer. Der Begleiter wuschelte einige Worte und sagt uns eine Treppe höher: „Das war Tomsky, der Vorsitzende der russischen Gewerkschaften. Er kam Euch auf der Treppe nicht empfangen und er kann Euch augenblicklich ja doch keine Wohnung besorgen, das macht der internationale Sekretär.“ Wir waren platt — der Mann weiß, wer wir sind, begrüßt uns nicht!“

4. „Gleich bei unserem Eintreffen hatten wir erfahren, daß der größte Teil der vor einigen Wochen hierher Ausgewanderten wieder nach Deutschland zurück will. Der Grund liegt in der selbsthaft schlechten Ernährung. Morgens Brot und Tee, mittags Kaffee oder Semmelkaffee — Brot und Kaffee — also Grüte. Fett so gut wie gar nicht. Monatlich ein Pfund Zucker. Brot und Suppe ist ausreichend. Leichte Kost monatlich sechs Pfund Fleisch oder Fisch (Feringe) enthalten. Nachprüfung ist unmöglich, da das Essen in Gemeinschaftsküchen hergestellt wird. — Monatlich werden dann noch Zigaretten, 150 bis 200, verabfolgt. Die Speisemengen gelten für acht Stunden Arbeitszeit. Will man mehr essen, muß man länger arbeiten. Zu diesem Zweck ist ein Prämienystem eingeführt. Wer ein halbes Pfund Brot mehr haben will täglich, muß zwei Stunden länger, also zehn Stunden, und wer sonstige Sachen als Prämie haben will, z. B. Zucker, Obst und dergleichen, der muß bis zwölf Stunden schaffen.“

Diese Briefstellen stammen nicht von Menschewisten, nicht von Sozialdemokraten, nicht von gelben Gewerkschaftsböngeln, sie stammen aus der Feder wackeliger Kommunisten, die damals allerdings noch Unabhägiger waren. Die unter 1 und 2 angeführten Zitate schrieb der Kommunist Schumacher vom Bekleidungsarbeiterverband am 6. September 1920 aus Moskau, und die anderen beiden Zitate haben wir einem Moskauer Brief vom 1. September 1920 entnommen, der von Rusch, Schumacher und Czernia unterschrieben ist. Alle diese Leute sind längst nach Canossa gegangen und erwarten, daß ihr morgen ebenfalls diesen Weg antreten. Lieber legt euch das vor! Best nochmals aufmerksam diese Urteile von Kommunisten aus dem kommunistischen Paradies Rußland. Dann werdet ihr aus innerster Ueberzeugung und nicht wie Schumacher mit schlechtpielter Post ausrufen:

Wir gehen nicht nach Canossa! Wir wählen nicht die kommunistische Bonzenliste! Wir verzichten auf das kommunistische Paradies nach dem russischen Muster!

Wir wählen die Liste A!

Severing, Gradnauer und die Versammlungsfreiheit.

Im Redaktionsstab der „Freiheit“ scheint seit einiger Zeit ein Ferienredakteur sein Unwesen zu treiben, der unter allen Umständen glaubt, den guten Ruf bekannter Sozialdemokraten bei den Arbeitern in Risikokredit zu bringen. Erst gestern abend haben wir uns veranlaßt, eine völlig aus der Luft gegriffene Notiz der „Freiheit“ über Roskes Stellung zum Landarbeiterstreik in Rheden richtigzustellen, wovon die „Freiheit“ heute morgen merkwürdigerweise keine Notiz genommen hat, trotz unseres Appells an ihren journalistischen Anstand.

Dafür aber hat sie aus einer anderen Blüte Honig gesaugt. Sie benutzt die von uns am Mittwoch abend veröffentlichte Notiz: „Ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit“, um sich an unseren Genossen Severing und Gradnauer zu reiben. Sie behauptete, daß diese beiden Sozialdemokraten die Ungeheuerlichkeit decken, die in der Hege der Schupo auf die Gewerkschaftsversammlungen liegt. Wenn die „Freiheit“ sich einbildet, wieder einmal einen fetten Braten erwischt zu haben, um uns und unseren Genossen eins auszumischen, so hat sie sich diesmal erst recht in die Kessein gesetzt.

Genosse Severing kann den Dsnabrücker Vorgang, der am 11. Juli spielte, nicht beden, weil er, was auch die „Freiheit“ weiß, seit März nicht mehr Minister ist. Außerdem hat Severing sich immer wieder bemüht, den Reichsminister des Innern Koch zur Regelung der Frage der Nachversammlungen der Gastwerkgewerkschaften zu bewegen. Leider war das ohne Erfolg. Die „Freiheit“ müßte also ihren Horn gegen diesen bürgerlichen Minister richten, aber entweder bestrebt sie das nicht oder es trägt

ihre nicht den gewünschten Erfolg ein, und darum muß der Sozialdemokrat Gradnauer die Prügel einstecken, die Koch verdient hat. Unser Genosse Gradnauer aber wird die Dsnabrücker Vorgänge nicht decken, sondern Abhilfe schaffen, das kann die „Freiheit“ gewiß sein.

Ihrem Ferienredakteur empfehlen wir, in Zukunft etwas vorsichtiger in seinen Angriffen auf sozialistische Minister zu sein. Er könnte sonst noch verschiedentlich sein Blatt blamieren, was absolut nicht mehr notwendig ist. Oder will die „Freiheit“ durch solche Polemiken und Meldungen, die jeder Grundlage entbehren, die Einigung des Proletariats fördern? Dann ist sie auf dem richtigen Wege!

Die graphischen Hilfsarbeiter zum Schiedspruch.

Eine Niederlage der Kommunisten.

In der Mitgliederversammlung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, die Freitag tagte, berichtete Grohmann zunächst über die Bewegungen in der Kontobuchbranche und im Buchdruckgewerbe.

Durch den Buchbinderstreik in der Kontobuchbranche sind auch die graphischen Hilfsarbeiter in gewisser Weise berührt worden. Zwar haben die beiden Firmen Kshelm und Jagert die Kündigung des Buchdruckerpersonals wieder zurückgenommen, bei Niesenkahl u. Co. ist es aber zur Entlassung gekommen. Inzwischen ist nun der Streik der Kontobucharbeiter vom Buchbinderverband für offiziell erklärt worden. Die Vertrauenspersonen der graphischen Hilfsarbeiter werden sich noch mit der Situation am Montag nachmittag 5 Uhr im Graphischen Vereinshaus beschäftigen.

Die Bewegung im Buchdruckgewerbe hat zu dem bekannten Schiedspruch geführt, den die Buchdrucker angenommen haben. Der Berliner Ortsvorstand der Hilfsarbeiter, die Vertrauensleute und Funktionäre aber lehnten den Schiedspruch ab, dergleichen der Verbandsvorstand. Die Berliner Buchdruckermeister haben ebenfalls den Schiedspruch abgelehnt. Jetzt haben die Gewerkschaften das Wort. Die Gewerkschaften der Buchdrucker haben bereits Donnerstag begonnen und die der graphischen Hilfsarbeiter begann heute. Neue Verhandlungen stehen bevor, die abzumachen sind.

Metallarbeiter! Meldet Euch sofort zur Wahlhilfe im Zentralkomitee Messmann, Aderstraße 122, und bei Kollege Pfaffenstäger, Linienstraße 83/85, Zimmer 4. Sämtliche Betriebe müssen bis Sonntag vormittag 10 Uhr das neue Material abgeholt haben.

Aus zur Arbeit! Es geht um die Einheitlichkeit der Organisation.

Es entspann sich eine sehr lebhaft diskutierte. Schließlich stimmte die Versammlung einstimmig der Stellungnahme der Vertrauensleute zu, indem sie aussprach:

„Die Versammlung erblickt in dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch in Anbetracht der äußerst schlechten wirtschaftlichen Lage des Hilfspersonals keine auch nur annähernd den verhältnismäßigen Rechnung tragende Lösung und lehnt daher einmütig den Schiedspruch ab. Sie erwartet vom Verbandsvorstand, daß er alle ihm geeigneten Maßnahmen trifft, diesen Schiedspruch einer Abänderung zu unterziehen, um der Kollegenchaft zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

Die Wahl eines Mitgliedes zum Verbandsbeirat an Stelle von Krumeir, der wegen seiner Moskafahrt ausgeschlossen ist und dessen Rechte bis zur endgültigen Entscheidung des nächsten Verbandstages ruhen, fiel auf Schäfer. Sein Stellvertreter wurde Willi Grohmann. Beide sind Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung und ergielten ganz erhebliche Mehrheiten gegenüber den kommunistischen Kandidaten.

Diese Niederlage der Kommunisten in einer ihrer Hochburgen ist ein gutes Zeichen für die morgige Delegiertenwahl der Metallarbeiter.

Ultimatum im Textilgroßhandel.

Im Februar d. J. haben die gewerblichen Arbeitnehmer des Textilgroßhandels dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels Forderungen eingereicht. Nachdem nach monatelangem Verhandeln der Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie durch einen Schiedspruch das bisherige Abkommen bis Ende August verlängern wollte, stellten die Arbeitnehmer folgende Mindestforderungen auf:

Für ledige Arbeitskräfte über 22 Jahre 275 M., für verheiratete 300 M. Wochenlohn. Weibliche Arbeitskräfte 75 Proz. dieser Sätze; die Sätze der über 22 Jahre alten Arbeitnehmer sind entsprechend gestaffelt.

Als Ausgleich für die bisherige geringe Entlohnung werden für die Monate April bis Juni Wirtschaftshilfen von 200 bis 350 M. (ein Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom April d. J.) verlangt.

Diese berechtigten und beschleunigten Forderungen wurden vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Daraus beschloßen die Arbeiter, den Arbeitgebern ein Ultimatum zu überreichen, wonach überall dort, wo die Forderungen nicht anerkannt werden, die Arbeit am Montag früh ruhen soll. Morgen vormittag 9½ Uhr werden in einer Versammlung im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96, die erforderlichen Maßnahmen noch einmal besprochen.

Der Streik in der polnische Webwarenindustrie.

Nachdem die Teilstreiks in der Textilindustrie Polens sich zu einer allgemeinen Streikbewegung ausgewachsen haben, liegt nach den „Danziger Neuesten Nachrichten“ die gesamte polnische Webwarenindustrie still. Verhandlungen zwischen

den Industriellen und der Arbeiterschaft haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Von kleineren Ausbreitungen in Lodz abgesehen, verlief der Streik bisher ziemlich ruhig. Die Arbeiterschaft fordert angelehnt der steigenden Leuerung und Geldentwertung eine Lohnzulage von 120 Proz., während die Arbeitgeber nur eine solche von 15 Proz. zugestehen wollten.

In der Augsburgener Papierhüttenindustrie sind die Arbeiter wegen Lohnhöhen in den Streik getreten.

Die Elektrizitätsarbeiter von Straßburg sind Freitag vormittag in den Streik getreten. Die Stadt ist ohne Licht. Der Betrieb der Straßenbahn mußte eingestellt werden. Mehrere Zeitungen mußten wegen Strommangels ihren Betrieb einstellen. Der Streik erfolgte, weil die Elektrizitätsarbeiter eine Lohnzulage von 25 Prozent erfahren sollten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion V. Sonntag 9½ Uhr Schulaula, Post, Ecke Völkeringstraße, Preussenerkennung der Reichswehr, Anbinder, Fahrlehrerführer und Schleppführer der Groß-Berliner Metallindustrie. Stellungnahme zum Lohnabkommen und Besondere Angelegenheit.

Vand der technischen Angestellten und Beamten. Montag 6½ Uhr Versammlung der Angestellten der privaten Verkehrsunternehmen Zimmer 6, Postlands Postamt, Neue Friedrichstr. 3.

Wirtschaft

Wirtschaftliches aus Sowjetrußland.

Dem amtlichen Wirtschaftsblatt „Oekonomicheskaja Schisn“ zufolge sind in den letzten Tagen in Petersburg Vertreter deutscher, finnländischer und englischer Firmen eingetroffen, um über Pachtverträge von einzelnen nationalisierten Industriebetrieben zu verhandeln. Sämtliche Interessenten begeben sich nach Moskau, da die Verpachtung staatlicher Betriebe bis auf weiteres dem Arbeits- und Verteidigungsrat vorbehalten ist. Eine norwegische Handelsdelegation verhandelt über die Pacht der Dubrowin-Papierfabrik, die früher einer norwegischen Gesellschaft gehört hat.

Die Ausfahrt des ersten Sowjethandelsdampfers „Tranibalt“ nach Deutschland wurde im Petersburger Hafen feierlich begangen.

Dadurch die Petersburger Fabriken nicht arbeiten, verschlingt der Unterhalt der Fabrikarbeiter ungeheure Summen. Aus diesem Anlaß hat, wie die „Krasnoja Gajeta“ meldet, der Petersburger Volkswirtschaftsrat um die Bereitstellung eines Zweimil-lardenfonds zur Finanzierung einer der Petersburger Fabriken und Werke nachgesucht.

Arbeitereinstellungen auf den deutschen Werften. Die industrielle Lage Rußlands ist schlecht, die der Westeuropa womöglich schlechter. Die Deutsche Werft, die vor kurzem einen großen Teil ihrer Beschäftigten entlassen mußte, hat nun weiteren 100 Arbeitern gekündigt und in verschiedenen Abteilungen die Arbeitszeit auf vier Tage in der Woche herabgesetzt. Auch auf der Germania-Werft sind Forderungen eingeleitet worden. Bei der Howaldt-Werft ist in kurzer Zeit mit erheblichen Betriebsbeschränkungen zu rechnen.

Die Verschuldung Europas an Amerika. Die Vereinigten Staaten von Amerika bilden die Gläubiger-Nation der ganzen Welt. In einem Schreiden des amerikanischen Schatzmeisters Mellon an Harding wird eine Auflistung gegeben über die Verschuldungen, die 19 auswärtige Schuldnerregierungen bei den Vereinigten Staaten haben. Hiernach schuldten:

(in 1000 Dollar)	
Großbritannien . . .	4 168 318
Frankreich . . .	3 850 762
Italien . . .	1 648 084
Belgien . . .	875 280
Rußland . . .	192 001
Polen . . .	185 061
Tschechoslowakei . . .	91 179
Serbien . . .	51 153
Rumänien . . .	38 128
Österreich . . .	24 055
Griechenland . . .	15 000
Estland . . .	13 000
Armenien . . .	11 050
Ruba . . .	9 025
Finnland . . .	8 281
Lettland . . .	5 182
Litauen . . .	4 981
Ungarn . . .	1 685

Diese Summen ergeben einen Gesamtbetrag von 10 141 267 528 Dollar, das sind rund 80 Milliarden deutsche Papiermark.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Paris.

Freitag abend brach in einem Geschäft für Theaterdekorationen in Paris ein Brand aus, der 10 Häuser einäscherte. Der Schaden soll über 10 Millionen Frank betragen. Zwei Personen wurden leicht verletzt.

Ein großes Holzlager durch Feuer vernichtet. Freitag abend brach in dem Holzlager der Firma Grenz u. Co. in Bamberg aus unbekanntem Ursachen ein gewaltiges Großfeuer aus, dem trotz stundenlangem Arbeit der Feuerwehren die ganze Anlage mit großen Borräten im Werte von Hunderttausenden von Mark zum Opfer fiel.

Ein Reinfall Dr. Doriens. Bei Dr. Doriens stellte sich dieser Tage ein Mann vor mit der Behauptung, die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft habe sich geeinigt und unterstütze den Plan Doriens auf Errichtung einer rheinischen Republik. Der Verkünder dieser Bohschaff behauptete weiter, Abg. Hue stehe an der Spitze dieser Bewegung! Doriens gab dem Ranne zunächst 10 000 M., dann aber 25 000 M. in der Hoffnung, damit ein edles Werk zur Errichtung des rheinischen Sonderstaates getan zu haben. Aber bald herrschte im Dorienschen Hause gewaltige Betrübniß, denn es hat sich herausgestellt, daß Doriens das Opfer eines Schwindels geworden war.

Verandt, für den redakt. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Wende, Berlin. Verlag: Bornhördt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhördt-Verlag u. Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Bad Salzbrunn
Schlesien
Katarre
Asthma * Grippe
Nieren * * * * Blase
Gicht * Zucker * Steine

Tücht. Linotype-Setzer
bei hohen Lohn per sofort gef.
Beethoven-Setzung
Armenstr. 37. 36598

Gardinen!
Sonderangebote
und Gelegenheitskäufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und Künstler-
Gardinen
Spezial-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof

Zähne v. 8 an
Teiltzahlung, 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb
3.—, Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerz-
los. Umarb. schlechtester Gebisse. Ref. sol.
Zahnarzt Dr. W. o. 11, Potsdamer Str. 85, Hochb. Sprecht. 9-7.

Stinnes Neu!
und seine
600000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo
Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie
seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Be-
teiligungen, Einflüsse und Operationen auf
Grund eines reichen zuverlässigen Materials
kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Bettwäsche
Deckbett 62/75, Kissen 16.—
Damenhemd 24.—, Hand-
tücher, Männerhemden,
Schürzen billig. Inserat
ausschn. verg. 6 Proz.
Eckebrecht Hasen-
holde 93

Die ungeheure Macht
des Hypnotismus,
d. pers. Magnetis-
mus u. d. Helimagn-
netismus. Leicht,
u. beste Methode,
s. Einfluß auf and.
auszub., d. Hypno-
tisieren zu erl.,
Glück. Erfolg im
Leben zu haben. — Unentb. f.
jed. Mensch. Verh. 100 000 Expl.
verk. 120 St. Illust. Pr. 6,50 M.
u. 1,80 M. Pt. Gr. Bücherkat. gr.
Albrecht Donat, Verl., Leipzig 42

Möbel
kaufen Sie nirgends so
billig und gut
wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer
Str. 128, I. E. Schillerstr., Kein Laden

erzielt man schmerzlos,
unmerklich für die
Umgebung, durch die echte
Vater-Philipp-Schäl-
kur & M. vom Fichtel Mit-
esser, Sommersprossen, Hautunreinigkeiten usw. ab. Bild
anmutige junge Haut zum Vorschein kommen. Erhält in der
Elefantenanaph, Leipzig Str. u. Orogenien Bastianstr. 2, Fehmarn-
str. 3, Reinelckend-Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prinsstr. 6

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Lötzin! Weißmetall!
Bleil. Dring. i. Spezial-
gebrauch! Kupfer, Rotgub,
Messing, Nickel, Aluminium,
Zink, Stannolpapier, Glüh-
strumpflasche bis 160 M.
kaut zu Tageskursen
Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 51.

Zahngelisse! Zahn
b. 100, Platinabfälle!
Gold- u. Silberbruch,
Gold- u. Silberhalt.
Rückstände! Queck-
silber, saltp. Silber
kaut zu Tageskursen

Gartenlandparzellen
zur Bewirtschaftung, Kapital-
anlage und Bebauung vor-
züglich geeignet, sehr bequem
erreichbar,
von 85 M. an die
Auskunft, auch Sonntags,
Niederschönhausen, Kaiser-
Wilhelm-Str. 47, am Straßen-
bahnhof Nordend, Amt Mo-
abit 5673, [1347]

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-
zahlung, Ehe-, Alimenten-, Straf-
sachen, Steuern, Gnadengesuche
Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber
Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobacht. Tel. Königst. 3390

**Krause
Pianos
zur
Miete**
Ansbacher Straße 1,
Ecke Kurfürstenstraße

Preiswert und gut
kauft man
Damen- u. Herren-Stoffe
im
Tuchhaus M. E. FREITAG
Berlin, Molkenmarkt 14/15
Homespans und Schlüpfer, die große Mode
Anzug- und Covercoatstoffe von M. 35 bis M. 300